

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Florian von Brunn

Abg. Hans Ritt

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Nun rufe ich zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 7 k und 7 l auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel im Freistaat Bayern - Bayerisches Klimagesetz (Drs. 17/21585)**

**- Erste Lesung -**

und

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Natascha Kohnen, Florian von Brunn u. a. und Fraktion (SPD)**

**für ein Bayerisches Gesetz zur Förderung des Klimaschutzes in Bayern und zur Änderung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes (Drs. 17/21763)**

**- Erste Lesung -**

Bei beiden Gesetzentwürfen werden die Begründung und die Aussprache miteinander verbunden. Damit hat das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zehn Minuten und die SPD-Fraktion elf Minuten Redezeit. Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Stümpfig.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wein statt Bier, Hirse statt Weizen, Wandern statt Skifahren, Akazien statt Fichten, Sturmschäden, Bodenerosion, Überschwemmungen und Dürren. Wir alle spüren die Auswirkungen der Erdüberhitzung am eigenen Leib, und in Zukunft werden wir diese noch viel stärker spüren. So kann es dann tatsächlich in Bayern heißen: Wein statt Bier.

Der Mensch ist ein Meister im Verdrängen. Aber die Wissenschaft führt uns die negativen Auswirkungen der Erdüberhitzung schonungslos vor Augen, wenn wir sie denn schon wollen. Heute schon haben wir in Bayern einen Temperaturanstieg von 1,2 Grad Celsius in der Durchschnittstemperatur zu verzeichnen. Die Anzahl der hei-

ßen Tage hat sich verdoppelt. Denken Sie nur an den letzten Freitag, an dem wir im April nahezu 30 Grad Celsius hatten. Starkregen-Wetterlagen treten immer häufiger ein. Bei Schäden haben wir Rekorde zu verzeichnen. Laut der Münchener Rück hat es im letzten Jahr die höchsten Schäden aufgrund von Klimaänderungen gegeben. Der Golfstrom hat sich um 15 % abgeschwächt. Es gibt Änderungen im Jetstream usw. Alles geht noch viel schneller und verläuft noch viel dramatischer, als dies von Wissenschaftlern prognostiziert worden ist. Wir steuern auf unkalkulierbare Folgen der Erdüberhitzung zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was passiert in Bayern? – In Bayern hält ein frischgebackener Ministerpräsident an einem schönen Mittwochnachmittag im April seine Antrittsrede. Was sagt der 51-jährige Vater zu diesen drängenden Problemen und zu dieser Situation? Wir wissen immerhin, das wird die Herausforderung der Menschheit, die uns, unsere Kinder und die nächsten Generationen mit massiven Veränderungen extrem stark treffen und bedrohen wird. Was sagt also der frischgebackene Ministerpräsident während seiner einstündigen Rede dazu?

(Thomas Gehring (GRÜNE): Nichts!)

– Sie hören richtig: nichts. Kein einziges Wort zum Thema Klimaschutz. Kein einziges Wort.

(Tobias Reiß (CSU): Ja, freilich hat er was gesagt!)

– Nein, er hat kein einziges Mal das Wort Klimaschutz erwähnt. Das ist unfassbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist eine schallende Ohrfeige für unsere Kinder und für die nächsten Generationen. Das ist unfassbar. Selbst Herr Seehofer hat es bei seiner Regierungserklärung im Jahr 2013 geschafft, das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 zu erwähnen. Er hat auch die Bewahrung der Schöpfung erwähnt. Herr Söder war einmal Umweltminister. Er hat das alles komplett vergessen. Damals waren es zwar auch nur Lippenbekennt-

nisse und Sonntagsreden, die die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Bayern nicht gesenkt haben, aber jetzt treten wir anscheinend in eine Phase ein, in der das Thema totgeschwiegen wird. Das ist unglaublich. Wir, die GRÜNEN, werden das nicht hinnehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir, die GRÜNEN, nehmen die Verantwortung an. Wir vertreten eine Politik, die den nächsten Generationen noch Luft zum Atmen, eine intakte Natur und Landschaft hinterlässt. Sie von der CSU geben Ihr Bestes beim Flächenfraß. "Bayern first" beim ungebremsten Wachstum und Raubbau an unserer Natur! Wir GRÜNEN wollen aber ein Bayern, das beim Klimaschutz, dem Erhalt unserer Lebensgrundlagen und dem Schutz unserer Heimat sein Bestes gibt. Da sind wir auf einer ganz anderen Spur. Das ist unser Ziel.

Auf der Grundlage von fünf Studien haben wir ein Bayerisches Klimagesetz erarbeitet. Es ist mehr als notwendig; denn wenn wir zurückblicken, sehen wir, dass sich seit 1990 in Bayern die CO<sub>2</sub>-Emissionen gerade einmal um 10 % reduziert haben. Das ist Ihr Versagen von der CSU; das ist Ihr Versagen von der CSU-Staatsregierung. Gerade einmal 10 %! Wenn wir mit dieser CSU-Politik so weitermachen, brauchen wir 250 Jahre, um Klimaneutralität zu erreichen. Da verfehlen wir die Ziele von Paris krachend. Wir brauchen also klare Vorgaben. Klare Vorgaben kann ein Klimagesetz liefern. Andere Länder machen es vor, beispielsweise Schleswig-Holstein, Thüringen, Baden-Württemberg und Hessen.

Bei unserem Klimagesetz, das wir heute einbringen, ist der Leitgedanke der Budgetansatz. Im Umfeld der Pariser Klimakonferenz haben führende Wissenschaftler berechnet, wie viel CO<sub>2</sub> wir noch in die Atmosphäre blasen dürfen, um das Ziel einer Erwärmung um maximal 2 Grad noch einzuhalten. Für Bayern heißt das maximal 1.300 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen insgesamt. Momentan haben wir jedes Jahr CO<sub>2</sub>-Emissionen von 100 Millionen Tonnen. Das heißt, dieses Budget wäre in 13 Jahren aufgebraucht. Wenn Herr Söder seine Drohung wahrmacht, hier zwei Perioden Mi-

nisterpräsident sein zu wollen, könnte er in diesen zwei Perioden, in zehn Jahren nahezu das gesamte bayerische CO<sub>2</sub>-Budget aufvespern. Das muss man sich einmal verdeutlichen. Wir haben nur noch wenige Jahre, um wirklich eine Trendwende einzuleiten. Deswegen ist besonders wichtig: Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren.

(Beifall bei der CSU)

Die Ziele der Staatsregierung gehen aber in eine ganz andere Richtung. Die aktuellen Klimaschutzziele der Staatsregierung sehen bei den energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen, die 6 Tonnen pro Kopf betragen, bis zum Jahr 2025 eine Reduzierung von gerade einmal einer halben Tonne vor. So werden wir die Ziele von Paris nie erreichen. Rechnen wir zusammen: Unter dem Strich sind wir im Jahr 2050 bei ungefähr der doppelten Menge dessen, was wir laut Paris eigentlich emittieren dürften – der doppelten Menge! Nach mir die Sintflut – das ist anscheinend das Credo der CSU-Staatsregierung, und das muss man in diesem Fall leider wirklich wörtlich nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen also schleunigst eine Trendwende. Das Klimagesetz, das wir heute einbringen, hat zentral den Artikel 6 zum Gegenstand. Darin wird die Zielsetzung beschrieben, nämlich eine Halbierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2030. In Artikel 8 beschreiben wir das Landesklimaschutzkonzept; Zwischenziele werden festgelegt, und Sektorziele werden ganz klar ausgewiesen, wo was eingespart werden soll. Die Landesregionalplanung wird in Artikel 10 behandelt – ein ganz wichtiger Bereich. Wo sollen erneuerbare Energien ausgebaut werden? Wo können zum Beispiel Nahwärmenetze für Solarthermieanlagen entstehen? Die Landesplanung hat einen ganz wichtigen Part.

In Artikel 11 kommen wir zu den kommunalen Klimaschutzkonzepten. Da lautet die Ansage, dass alle größeren Kommunen im Stadtrat gemeinsam mit den wichtigen Partnern in der Kommune und mit den Bürgern ein Klimaschutzkonzept erstellen sollen, das wirklich partizipativ erarbeitet wird. Für die Bewusstseinsbildung ist es wichtig,

dass man Potenziale erkennt, dass man Gestaltungsmöglichkeiten einer Kommune identifiziert und am Schluss auch die Wertschöpfung vor Ort generiert.

Schließlich die Wärmeplanung: Ein sehr großer Teil unserer CO<sub>2</sub>-Emissionen entsteht im Wärmebereich. Hier haben wir ein riesiges Einsparpotenzial. Die Kommunen sollen eine Wärmeplanung erstellen. Sie sollen angeben, wo Nahwärmenetze aufgebaut werden können, die Solarthermie, Geothermie oder Abwärme nutzen, um wirklich klimaneutrale Lösungen für Quartiere zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Artikel 13 schließlich geht es um die Klimafolgen, um eine Klimaanpassungsstrategie, die aufzeigt, was in welchen Bereichen hinsichtlich Gesundheit, Hitzebelastung in den Städten, Hochwasser, Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz und so weiter und so fort getan werden muss. Das gilt es zu erarbeiten.

Schließlich noch der Klimaschutz in der öffentlichen Verwaltung: Die öffentliche Verwaltung soll eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 ist der Leitgedanke. Das gesamte Gedankengut zum Klimaschutz muss in jedes Verwaltungshandeln hinein, muss in die Köpfe hinein. Dann darf eben nicht mehr so etwas wie bei mir in Ansbach passieren, wo vor wenigen Jahren dort das Amt für Ländliche Entwicklung an einer Außentreppe eine elektrische Heizung installiert hat, weil der Hausmeister sie anscheinend nicht mehr freiräumen wollte. Bei unter 4 Grad Celsius wird die Außentreppe geheizt. Das sind Entscheidungen, die dann nicht mehr passieren, wenn wir klar sagen: Unsere öffentliche Verwaltung soll klimaneutral werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir brauchen klare Ziele und Vorgaben. Nur so können wir die Ziele von Paris erreichen; denn wie Sie sehen, haben wir in den letzten 25 Jahren gerade einmal 10 % Reduktion erreicht. Das funktioniert

nicht. Bayern hat die Power; Bayern hat die klugen Köpfe, um den Weg aufzuzeigen und eine Vorreiterrolle einzunehmen. Es steht viel auf dem Spiel.

Wir müssen es schaffen, dass wir noch einmal mit einem blauen Auge davonkommen und uns die negativen Klimafolgen nicht überrollen. Der Erhalt unserer Heimat, unserer Wälder, unserer Kulturlandschaft steht auf dem Spiel. Gute Lebensbedingungen für unsere Kinder, für die nächsten Generationen sind die Zielsetzung. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf. Wir werden dem Gesetzentwurf der SPD ebenfalls zustimmen, der sich in vielen Punkten mit unserem Gesetzentwurf deckt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächster Redner ist Kollege von Brunn.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist gerade schon gesagt worden: In der letzten Woche hat der Ministerpräsident eine Regierungserklärung im Bayerischen Landtag abgegeben. Er wollte zur Zukunft Bayerns reden. Er hat lange geredet und viel angekündigt, aber er hat tatsächlich nichts, keinen Satz und kein Wort zu der drängendsten globalen Zukunftsfrage überhaupt, zu einer Überlebensfrage der Menschheit gesagt. Herr Söder hat zu Erdüberhitzung und Klimawandel geschwiegen. Dabei hätte er allen Grund gehabt, genau dafür überzeugende Konzepte vorzustellen; denn seit über zehn Jahren geht in Bayern im Klimaschutz gar nichts voran.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Es gab keine wesentlichen Reduzierungen mehr beim Ausstoß von Treibhausgasen pro Kopf. Die Bayerische Staatsregierung belässt es bei großen Ankündigungen, hinter denen aber nichts Konkretes steht.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehen wie die Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN einen anderen, besseren Weg. Wir geben uns nicht mit Ihren schönen Worten zufrieden; denn diese Ankündigungspolitik hat nichts mit der Realität zu tun, und sie wird auch nicht der eigentlichen Verantwortung gerecht. Deswegen bringen wir heute – übrigens zum zweiten Mal nach 2013 – ein Klimaschutzgesetz für den Freistaat Bayern in den Bayerischen Landtag ein.

Wir tragen auch in Bayern globale Verantwortung. Schon jetzt müssen nach Berechnungen des UN-Flüchtlingshilfswerks jedes Jahr weltweit 25 Millionen Menschen vor den Folgen des Klimawandels fliehen – 25 Millionen Menschen weltweit. Das sind mehr, als vor Kriegen und bewaffneten Konflikten fliehen. In den nächsten Jahren werden es wahrscheinlich immer mehr werden, wenn die Erdüberhitzung ungebremst voranschreitet. Auch dazu hat der Bayerische Ministerpräsident nichts gesagt. Er will stattdessen lieber eine eigene bayerische Grenzpolizei schaffen und mehr Geflüchtete zurückführen, aber kein Wort von ihm zur heute schon wichtigsten Fluchtursache, dem Klimawandel. Das ist falsch, und das ist verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Aber auch für Bayern, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sind die Folgen der Erdüberhitzung dramatisch. Wir haben darauf schon einen Vorgeschmack bekommen: das Pfingsthochwasser 2013 in Niederbayern, die Sturzflut in Simbach 2016, die extreme Trockenheit in Franken 2017, um nur einige Beispiele zu nennen. Extremwetterereignisse, Hochwasser und Dürre werden weiter drastisch zunehmen. Die Temperaturen in den Städten werden auf ein gesundheitsgefährdendes Maß ansteigen. Die Bedingungen für die Land- und Forstwirtschaft verschlechtern sich zusehends. In den Alpen wird es immer häufiger zu Murenabgängen und Bergstürzen kommen. Der Klimawandel wird auch die Natur, die Tier- und Pflanzenarten in Bayern verändern und massiv gefährden.



Wir setzen dem eine verbindliche und ehrgeizige Strategie mit konkreten Klimaschutzzielen entgegen. Wir wollen eine ehrliche Verursacherbilanz und kein Tricksen und Täuschen bei den Zahlen, wie es von dieser Staatsregierung gemacht wird. Dazu gehört auch ein umfassendes Monitoring. Bayern muss – das ist das große Ziel – bis 2050 in großen, ehrgeizigen Schritten überprüfbar und transparent klimaneutral werden. Klimaneutral heißt, wir wollen bis dahin 95 % der Treibhausgase gegenüber 1990 einsparen. Das ist das wichtigste Ziel. Wir wollen das zum einen durch mehr Energieeffizienz und Energiesparen und zum anderen durch eine Beschleunigung der Energiewende ohne CSU-Windkraftblockade, also ohne die sogenannte 10-H-Regelung, erreichen.

Das Umweltbundesamt hat gerade erst Klimadaten für das vergangene Jahr 2017 vorgelegt. Es wurden etwas weniger Treibhausgase ausgestoßen als im Vorjahr, im Jahr 2016. Die größten Einsparungen gab es erfreulicherweise im Energiebereich. Der Grund dafür ist, dass aufgrund der hohen Windkrafteinspeisung weniger Steinkohle verstromt wurde. Steinkohlekraftwerke wurden sogar abgeschaltet bzw. in die Reserve überführt. Daran merkt man: Wer aus der Kohle aussteigen will – und wir wollen das –, der muss die Windkraft ausbauen und darf sie nicht abwürgen.

(Beifall bei der SPD)

Leider sind deutschlandweit die Fortschritte bei der Energieeinsparung durch eine Zunahme klimaschädlichen Verkehrs fast vollständig zunichte gemacht worden. An diesem Rückschlag für den Klimaschutz hat Bayern einen erheblichen Anteil. Die verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen in Bayern sind höher als 1990. Der Anteil des Flugverkehrs ist seitdem um das Dreifache angestiegen. Auch für dieses Problem ist der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung eine Antwort schuldig geblieben. Er denkt lieber in der Vergangenheit und schwärmt vom Autoland Bayern. In der Frage der dritten Startbahn will er natürlich erst recht nicht vor der Landtagswahl Farbe bekennen. Warum? – Das kann sich jeder selbst denken.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Verkehrswende. So steht es in diesem Gesetzentwurf. Klimaschutz funktioniert nicht ohne nachhaltige Mobilität. Wir wollen den umweltfreundlichen öffentlichen Verkehr ausbauen und klimafreundliche emissionsfreie Antriebstechniken fördern. Wir wollen außerdem, dass die öffentliche Hand, dass der Freistaat, die Städte und die Gemeinden eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz übernehmen – finanziert vom Freistaat. Wir wollen einen Klimabeirat einsetzen und die bayerische Klimaanpassungsstrategie weiterentwickeln. Klimaschutz, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist eine Investition in die Zukunft. Der Klimaschutz erhält unsere eigenen Lebensgrundlagen. Der Klimaschutz schützt Menschen und spart Geld; denn er kostet weniger als die Behebung der durch den Klimawandel verursachten Schäden.

(Beifall bei der SPD)

Wer eine gute Zukunft für Bayern will, der muss echten Klimaschutz betreiben. Deswegen wird dieser Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vorgelegt.

(Beifall bei der SPD)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Ritt.

**Hans Ritt (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns alle einig: Eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit und zugleich eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist der Klimaschutz. In Bayern haben der Schutz des Klimas und damit verbundene Zielsetzungen eine lange Tradition. Der Klimaschutz bleibt weiterhin vorrangiges Ziel der Staatsregierung. Die Bedeutung des Klimawandels als eine der existenziellen Zukunftsfragen hat Bayern sehr früh erkannt. Bereits 1987 wies der Freistaat Bayern – –

(Florian von Brunn (SPD): Erkennen allein reicht aber nicht, Herr Kollege!)

– Hören Sie bitte zu, Herr Kollege von Brunn. Ich habe Ihnen auch zugehört.

(Florian von Brunn (SPD): Ich höre Ihnen trotzdem zu!)

1987 wies der Freistaat Bayern mit einer Bundesratsentschließung zur Einrichtung eines wissenschaftlichen Klimabeirats auf die Dringlichkeit dieses Themas hin. In seiner Sitzung am 18. Dezember 1987, also vor über 30 Jahren, hat der Bundesrat den Entschließungsantrag Bayerns einstimmig angenommen. Daran erkennen Sie beispielhaft die sehr frühen Bemühungen der Bayerischen Staatsregierung.

Bayern steht weiterhin zu seiner Klimaverantwortung und ist sich dieser mehr als bewusst. Sehr wichtig ist es, sich des Themas Klimaschutz anzunehmen, und es ist nur recht und billig, sich mit den neuen Möglichkeiten für einen noch besseren Klimaschutz zu befassen. Bei der weltweiten Betrachtung der Lage ist dies auch besonders notwendig.

(Florian von Brunn (SPD): Gibt es denn den Klimabeirat noch?)

– Ich komme gleich zu Ihren Aussagen, keine Angst. – Im internationalen Basisjahr 1990, das man bei der ersten Klimakonferenz 1993 in Rio festgelegt hat, lag der weltweite CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei 22,3 Milliarden Tonnen. 2016 waren es schon circa 35 Milliarden Tonnen. Mit einem Anteil von 28 % an den globalen Kohlendioxidemissionen war China im Jahr 2016 der weltweit größte CO<sub>2</sub>-Emittent. 1990, Herr Kollege von Brunn, war China auf der Karte der CO<sub>2</sub>-Emittenten noch nicht aufgeführt. An zweiter Stelle liegen die USA mit 16 % und Indien mit 6,2 %. Zu Ihrer Information: Auf Platz 6 liegt Deutschland mit 2,2 %.

Bayern zählt dagegen mit rund 6 Tonnen energiebedingtem CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf und Jahr weltweit mit zu den fortschrittlichsten Industrieländern. Im Vergleich dazu liegen der Bundesdurchschnitt bei rund 9 Tonnen und der Ausstoß in den USA bei 16 Tonnen. Jetzt könnten wir uns auch noch andere Länder in Deutschland anschau-

en: Nordrhein-Westfalen hat pro Kopf 14,5 Tonnen, Brandenburg 22,7 Tonnen. Bremen – Sie werden mir gleich sagen, die Länder, die Sie aufzeigen, haben Kohle – hat pro Kopf 19,4 Tonnen und Niedersachsen 8,5 Tonnen. Da sind wir in Bayern mit 6 Tonnen, wie ich Ihnen aufgezeigt habe, eigentlich an der Spitze der Länder nicht nur in Deutschland, sondern in Europa.

(Florian von Brunn (SPD): Weil Sie Ihre Statistiken manipulieren!)

– Hören Sie bitte mit dem Vorwurf der Manipulation auf. – Während 1990 die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Bayern bei circa 84 Millionen Tonnen lagen, lagen sie im Jahr 2015 bei 76,7 Millionen Tonnen. Sie sehen, wir geben weniger CO<sub>2</sub> an die Atmosphäre ab. Herr Stümpfig hat vorhin dagegen von 100 Millionen Tonnen pro Jahr für Bayern gesprochen. Ich habe die Zahlen vom Wirtschaftsministerium. Wir liegen in Bayern bei 76,7 Millionen Tonnen.

Auch bundesweit sinken die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Im Jahr 2015 wurden in Deutschland 790 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> emittiert. 1990, in dem Basisjahr, das wir festgelegt haben, lagen die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland bei 1,1 Milliarden Tonnen. Sie sehen, Deutschland reduziert, aber die Welt macht etwas ganz anderes. Ich habe es Ihnen aufgezeigt, 32 Milliarden gegenüber 35 Milliarden. Wir können heute einen Beschluss fassen, dass wir nichts mehr machen, dass wir in Bayern ab morgen den Stecker herausziehen und den Schalter umlegen; wir werden aber feststellen, dass sich die Welt trotzdem nicht ändert. Die Welt emittiert immer mehr CO<sub>2</sub>.

Dennoch soll mehr für den Klimaschutz getan werden. Deshalb wurde im Jahr 2014 das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 beschlossen, in Anlehnung an das europäische Minderungsziel, die Treibhausgasemissionen bis 2050 um 80 bis 95 % zu reduzieren. Das strebt Bayern an.

(Florian von Brunn (SPD): Strebt an!)

– Den Beschluss haben wir gefasst. Das machen wir, und das setzen wir auch um. Die Treibhausgasemissionen sollen auf zwei Tonnen pro Kopf und Jahr gesenkt werden. Ein ganzes Maßnahmenpaket, von der energetischen Sanierung staatlicher und kommunaler Gebäude über die Renaturierung von Mooren bis hin zu Projekten der Energietechnologie, ergänzt jetzt die bewährte Dreifachstrategie aus Reduktion, Anpassung und Forschung.

Bayern investiert in den Klimaschutz bereits mehr als jedes andere Bundesland. Von 2008 bis 2014 wurde hierfür über eine Milliarde Euro ausgegeben. Im Doppelhaushalt 2017/2018 stehen rund 190 Millionen Euro für das Klimaschutzprogramm Bayern 2050 bereit, unter anderem für folgende Maßnahmen: Mit 40 Millionen Euro kann die energetische Sanierung staatlicher Gebäude weiter vorangetrieben werden. Fast 30 Millionen stehen für Projekte der Energietechnologie zur Verfügung sowie 40 Millionen Euro für Energieprogramme wie das 10.000-Häuser-Programm. Projekte für Bioenergie und für nachwachsende Rohstoffe werden mit rund 11 Millionen Euro gefördert und Maßnahmen zum kommunalen Klimaschutz mit rund 9 Millionen Euro. Für die Maßnahmen zum Schutz und zur Renaturierung von Mooren als bedeutenden Kohlenstoffsinken werden wir jährlich zwischen 2,5 und 3 Millionen Euro investieren.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sie sehen, wir investieren.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Zu wenig!)

Leider ist meine Zeit abgelaufen.

(Allgemeine Heiterkeit – Florian von Brunn (SPD): Leider oder Gott sei Dank?)

Ich könnte noch viele Maßnahmen aufzählen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herr Kollege Ritt, Sie bekommen noch zwei Minuten nach einer Zwischenbemerkung vom Kollegen von Brunn.

**Hans Ritt (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Das ist super. Danke, Herr von Brunn, Sie geben mir noch zwei Minuten Zeit.

**Florian von Brunn (SPD):** Lieber Herr Kollege, es geht doch nichts voran beim Klimaschutz in Bayern. Gemessen am Pro-Kopf-Ausstoß geht gar nichts voran. Da können Sie uns viel erzählen und sagen, was Sie alles machen wollen. Gemessen wird man an Taten, nicht an Worten.

Sie sagen immer, man solle nach China sehen, dort werde viel mehr emittiert. Dem ist entgegenzuhalten, dass China pro Kopf nicht weit von Bayern entfernt ist. Sie sollten einmal hochrechnen. China hatte letztes Jahr ein Wirtschaftswachstum von 7 %, aber die Emissionen sind nicht einmal um 2 % gestiegen.

Zum Schluss möchte ich Ihnen ein Zitat entgegenhalten, und vielleicht wissen Sie, von wem es ist: "Beim Klimaschutz kommt es auf alle an, nicht nur auf China und die USA." Wissen Sie zufällig, von wem das ist? – Das hat Markus Söder im Dezember 2010 zur "Süddeutschen Zeitung" gesagt. Vielleicht sollten Sie die alten Zitate Ihres Ministerpräsidenten doch einmal nachsehen.

Eine Abschlussfrage möchte ich auch noch stellen: Gibt es den Klimabeirat in Bayern noch? Von dem hat man in der letzten Zeit nichts mehr gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Hans Ritt (CSU):** (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe Ihnen die Zahlen genannt und gesagt, dass wir bereits über eine Milliarde Euro in diesem Bereich ausgegeben haben. Von Ihnen, Herr von Brunn, habe ich nur gehört, dass Sie die 10-H-Regelung kappen wollen und mehr Windräder wollen.

(Florian von Brunn (SPD): Wir sind ja auch im Autoland Bayern!)

Sie nehmen nicht zur Kenntnis, dass wir heute schon ein Überangebot von Sonne und Wind haben, nämlich 98 Gigawattstunden bei einem Höchststromverbrauch von 82 Gigawattstunden.

(Florian von Brunn (SPD): Sie wollen zurück in die Steinzeit!)

Wir haben – das sollten Sie zur Kenntnis nehmen – eine Überversorgung mit Sonne und Wind. Aber wir haben dennoch ein großes Problem. Bei der großen Kälte am 24. Januar 2017 lieferten uns um 7.00 Uhr in der Früh Wind und Sonne 0,7 Gigawattstunden. Um 9.00 Uhr waren es 2 Gigawattstunden von 98 Gigawattstunden. Das haben Sie zur Kenntnis zu nehmen. Und was macht man in dieser Zeit? – Wir nehmen in dieser Zeit Spitzenlastkraftwerke in Betrieb, die mit Schweröl betrieben werden.

(Florian von Brunn (SPD): Anstatt Wärmespeicher auszubauen und die Energietechnik zu fördern!)

Das akzeptieren Sie. Deswegen hat der Ministerpräsident Folgendes gesagt: Er möchte auf Bayern-Sprit setzen.

(Florian von Brunn (SPD): Zurück in die Steinzeit!)

Man gewinnt ihn, indem man Sonnen- und Windstrom in Methanisierungsanlagen einsetzt. Power-to-X nennt man diese Wunderwerke; eigentlich möchte ich es nicht so nennen, aber es ist eine Möglichkeit, und darauf ist der Ministerpräsident eingegangen. Sie hören das aber nicht, Sie wollen es gar nicht hören, Sie blenden das aus.

(Florian von Brunn (SPD): Wir wollen Taten sehen und nicht nur Worte hören!)

Ich fordere Sie auf: Beenden Sie Ihre Ideologie!

(Beifall bei der CSU)

Fordern Sie nicht noch mehr Windkraftträder oder noch mehr PV-Parks, sondern fordern Sie mit uns die Speicherung dieses regenerativen Stroms. Das ist der entscheidende Faktor.

(Florian von Brunn (SPD): Das haben Sie in den letzten Jahren auch nicht gemacht!)

Dies ist die entscheidende Formel, um die Energiewende zu schaffen.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Fahn.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Gut, dass ich noch vor diesem vollen Haus reden kann, dass noch einige geblieben sind, um zuzuhören.

(Zurufe von der CSU)

Herzlichen Dank, das ist sehr nett. Ich weiß das zu schätzen.

Das Jahr 2016 war das wärmste der Erdgeschichte. Hauptursache war der Klimawandel. Wir müssen handeln. Das zeigt sich nicht nur in Bayern, sondern in der ganzen Bundesrepublik. Im Koalitionsvertrag der GroKo war hinsichtlich des Klimaschutzes kaum was zu finden. Bei der GroKo war auch die CSU dabei. Das Klimaziel für 2020, den Treibhausausstoß gegenüber 1990 um 40 % zu reduzieren, wird nicht erreicht. Man schätzt, maximal werden es 32 % sein.

Um den Kohleausstieg sollen sich andere kümmern. Das ist durchaus ein Defizit. Daran ist auch CSU beteiligt. Da hat uns die Staatsregierung natürlich auch enttäuscht; denn der Klimaschutz ist eigentlich das herausragende Ziel der Zukunft. Warum kommt es dann in der Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten nicht vor?



Bayern ist schon lange kein Vorreiter mehr. Es war vielleicht einmal einer. Das bekommen wir immer wieder gesagt.

(Florian von Brunn (SPD): So fangen Märchen an! Es war einmal!)

Aus diesem Grunde sollten wir den Klimaschutz ganz nach oben stellen. Deswegen haben wir FREIEN WÄHLER einen Gesetzentwurf eingebracht, der vorsieht, den Klimaschutz in der Bayerischen Verfassung zu verankern. Das genügt natürlich nicht, wenn wir es nur in die Verfassung hineinschreiben, wie es bereits Herr Arnold gesagt hat; wir müssen weiter nach unten gehen. Deshalb sind die beiden Gesetzentwürfe von GRÜNEN und SPD gut und insgesamt richtig. Das muss man einmal ganz klar sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme jetzt zum Gesetzentwurf der SPD. Die SPD hat richtig erkannt, dass beim Klimaschutz endlich Verbindlichkeit hergestellt werden muss. Das steht in Artikel 7.

In Artikel 9 ist die Vorbildfunktion der öffentlichen Stellen normiert. Das ist ganz wichtig. Dazu gab es auch schon Anträge von den FREIEN WÄHLERN. Man muss das immer wieder anmahnen; denn die Bevölkerung orientiert sich an der öffentlichen Hand. Wenn die öffentliche Hand Vorbildwirkung hat, werden die Bürger nachziehen.

Artikel 10 geht intensiv auf die Rolle der Kommunen ein. Das ist ebenfalls ein wichtiger Punkt, den wir FREIE WÄHLER betonen. In Ihrem Gesetzentwurf findet sich richtigerweise die Forderung, dass die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Was von den Kommunen künftig gefordert wird, ist nur mit großem finanziellen und personellen Aufwand zu schaffen. Da muss der Staat beispielsweise durch ein Förderprogramm helfen. Die SPD-Forderung nach klimaneutralen Gebäuden nach Artikel 11 kann man unterstreichen. Jedoch sollte ein Passus eingebaut werden, mit dem verhindert wird, dass die Mieten in einem weiteren Zyklus in unbezahlbare Höhen steigen. Wir werden hierzu einen Änderungsantrag einbringen.

Nun zum Gesetzentwurf der GRÜNEN: Es ist richtig, dass der Klimaschutz eine Querschnitts- und Gemeinschaftsaufgabe ist und dass auch bei den Bildungseinrichtungen angesetzt werden muss. Ich sage immer: Klimaschutz beginnt im Kopf. Wir erreichen ihn nur durch Verhaltensveränderungen. Dafür sind die Bildungseinrichtungen wichtig und notwendig.

Im Gesetzentwurf der GRÜNEN ist auch eine klimaneutrale Verwaltung genannt. Eine solche wurde auch in anderen Bundesländern, zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen, eingeführt. Was in Hessen mit Grün und Schwarz geht, müsste auch in Bayern möglich sein. Der Antrag wurde aber leider abgelehnt.

Klimaschutzziele sind wichtig. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir uns verpflichtende Ziele setzen. Wir brauchen dazu ganz konkrete Aussagen. Der Umweltminister hat gesagt, wir wollen bei den energiebedingten Emissionen deutlich unter 6 Tonnen pro Kopf und Jahr kommen. Was bedeutet das? – Meint er damit 5,9, 5,8, 4,0 oder 3,0 Tonnen? Gleichzeitig schreibt er, er wäre auch für verbindliche Klimaziele. Herr Umweltminister, das ist eigentlich ein Widerspruch. Ich hoffe, Sie haben das gemerkt. Sie müssten konkret sagen, auf welche Zahl Sie heruntergehen wollen.

Die Ausweitung auf den Flugverkehr im Gesetzentwurf der GRÜNEN ist mutig. Der Flugverkehr ist ein großer CO<sub>2</sub>-Verursacher. Hier geht es auch um das Landesentwicklungsprogramm.

Eines fehlt jedoch in dem Gesetzentwurf der GRÜNEN. Sie haben zwar die Kommunen genannt, die Kommunen sind jedoch die Hauptträger des Klimaschutzes. Deshalb brauchen sie ein Förderprogramm. Wir brauchen kommunale Klimaschutzziele. Deren Erreichung muss aber durch ein staatliches Förderprogramm erleichtert werden. Wir haben das dafür nötige Geld. Wir haben Geld für die Grenzpolizei, also haben wir auch Geld für ein solches Förderprogramm.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Auch der Klimabeirat ist wichtig und richtig. Sie haben dafür aber nur Professoren vorgesehen. Wir wollen im Klimabeirat auch Vertreter der Kommunen haben. Ich bitte Sie, dies zu berücksichtigen. – Grundsätzlich stimmt die Richtung beider Gesetzentwürfe.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Danke schön. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, die Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Nun gebe ich nur noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Reiß, Ländner und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Keine gemeinsame Sache mit Linksextremisten und anderen verfassungsfeindlichen Organisationen machen – Appell an demokratische Parteien", Drucksache 17/21877, bekannt. Mit Ja haben 73 und mit Nein 39 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 12 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Wir haben eine Punktlandung gemacht. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen eine schöne Heimreise.

(Schluss: 18.02 Uhr)